

## Pressespiegel vom 30.12.2011

### **Mitteldeutscher Rundfunk**

#### **Proteste gegen Neonazis in Dresden: Martens schließt erneute Erfassung von Handydaten nicht aus**

Sachsens Justizminister Jürgen Martens schließt auch während der im Februar 2012 in Dresden geplanten Neonaziaufmärsche und der Proteste dagegen erneute Handy-Überwachungen nicht aus. Der FDP-Politiker sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur DAPD, Gewalttäter, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen, bekämen "Probleme mit dem Staatsanwalt". "Wer gewalttätig ist, muss damit rechnen, dass gegen ihn mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen wird, also auch nötigenfalls seine Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden", sagte der Justizminister.

Friedliche Demonstranten sollen sich "keine Gedanken machen"

Martens erklärte weiter, die sächsische Generalstaatsanwalt habe bereits angekündigt, dass eine massenhafte Daten-Abfrage wie in diesem Jahr "wohl nicht mehr in Betracht kommen wird". Aus seiner Sicht müssten sich friedliche Demonstranten "keine Gedanken" machen. "So es geht, soll auf eine Funkzellenabfrage verzichtet werden. Wir wollen auf keinen Fall friedliche Demonstranten einschüchtern", sagte Martens. Der Minister verteidigte erneut das bisherige Vorgehen der sächsischen Sicherheitsbehörden bei den Protesten gegen Rechtsextreme in Dresden. Zwar könne er verstehen, wenn Menschen ein "ungutes Gefühl bekommen" und sich fragen, ob ihre Handydaten auch erfasst wurden. Allerdings bestehe dabei oft "eine gewisse Unkenntnis". Letztlich wären im Februar 2011 nur sogenannte Verkehrsdaten, also keine Namen und Anschlussinhaber abgefragt worden. "Es wurde kein Fischernetz über die Stadt gelegt, nach dem Motto: Erstmal alles einkreisen." Nach Ansicht von Martens gibt es zu den Vorgängen "viele Fehlvorstellungen, die unbegründet sind".

Tausende unbescholtene Bürger gerieten ins Visier der Polizei

Im Februar hatten in der sächsischen Landeshauptstadt rund 17.000 Menschen friedlich gegen die Aufmärsche von Rechtsextremen protestiert. Am Rande kam es aber zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, der Polizei und Neonazis. Rund 100 Polizisten wurden laut dem sächsischen Innenministerium dabei verletzt. Um die Gewalttäter zu ermitteln, sammelte die Polizei massenhaft Handydaten. Ins Visier gerieten dabei auch Tausende unbescholtene Bürger. Zuvor waren bereits am 13. und 18. Februar Handydaten erfasst worden. Die an allen drei Tagen gesammelten Datensätze summierten sich auf etwa eine Million.

700 Personen fordern Auskünfte zur Datenerfassung

Laut dem sächsischen Landeskriminalamt wurden im Zuge von Ermittlungen gegen mutmaßliche Randalierer bislang 54.800 Bestandsdaten ausgewertet - es sind also Telefonnummer und Anschlussinhaber festgestellt worden. Wie der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, sagte, liegen inzwischen 700 Anträge von Personen vor, die wissen wollen, ob ihre Handydaten im Februar gesammelt und

ausgewertet wurden. Alle Anfragen würden beantwortet, sicherte Haase zu. Der sächsische Datenschutzbeauftragte hatte die massenhafte Datenerhebung als unzulässig kritisiert.

Zuletzt aktualisiert: 30. Dezember 2011, 15:50 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/erneute-datenabfrage-moeglich100.html>

---

## Radio PSR

### Hunderte fordern Auskunft zu Handydaten-Abfrage

30.12.2011, 14:48 Uhr

Im Zusammenhang mit der massenhaften Erfassung von Handydaten bei Demonstrationen in Dresden, verlangen jetzt hunderte Menschen Auskunft von den Behörden. Sie wollen wissen ob - und wenn ja, welche ihrer Daten gesammelt und ausgewertet wurden. Wie uns ein Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft bestätigte, sind bereits 700 Anträge dazu eingegangen. Bei den Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch im Februar hatte die Polizei mehr als eine Million Daten von Mobiltelefonen erfasst. Eigentlich sollten so Straftäter ausfindig gemacht werden. Allerdings wurden dabei auch tausende friedliche Demonstranten überprüft.

[http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2663675/Hunderte\\_fordern\\_Auskunft\\_zu\\_Handydaten\\_Abfrage.html](http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2663675/Hunderte_fordern_Auskunft_zu_Handydaten_Abfrage.html)

---

## Dresdner Neueste Nachrichten

### „Militante erwünscht“

Vertreter des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ werden nicht müde zu beteuern, dass es ihnen stets um friedlichen Protest gegen rechtsextreme Aufmärsche gehe und sie mit Gewalt nichts am Hut hätten (siehe nebenstehendes Interview). Polizei und Justiz in Sachsen würden gewaltfreien Protest gegen Rechts kriminalisieren.

Zu ganz anderen Erkenntnissen kommt – nicht ganz überraschend – das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), das nach den gewalttätigen Ausschreitungen vom 19. Februar 2011 Mitteilungen des Bündnisses „Nazifrei“ und des autonomen Spektrums in ganz Deutschland analysiert hat. Danach formuliert das Bündnis „Nazifrei“ seine Aufrufe bewusst offen, damit sich sowohl Linksextremisten als auch Nichtextremisten mit dem Ziel identifizieren können, rechtsextreme Aufmärsche zu stoppen.

Das solle mit allen Mitteln geschehen – Gewalttätigkeiten inclusive – auch wenn das von Vertretern des Bündnisses so nicht gesagt werde. „Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, die Nazis zu stoppen und die dem Naziaufmarsch in Sicht- und Hörweite entgegentreten wollen“, hieß es 2010 auf der Internetseite des Bündnisses, und: „Innerhalb der Blockaden wird es auch keine Aufteilung nach Spektren geben. (...) Wir wollen keine Spaltung in „gute“ und „böse“ Protestierende oder in BürgerInnen und KapuzenträgerInnen.“ Laut LfV der Beleg dafür, dass sich

das Bündnis auch mit Militanten - „KapuzenträgerInnen“ sei ein Synonym für verummte Gewalttäter – solidarisiere.

Das LfV zitiert ein Papier „Tipps und Tricks für Antifas“, in dem die Taktik für den 19. Februar in Dresden beschrieben werde: Auf der einen Seite setze man auf Gegendemonstrationen mit nichtmilitanten Teilnehmern, bei denen versucht werde, die Demonstrationsroute der Rechtsextremen zu besetzen. Auf der anderen Seite stünde die „Kleingruppentaktik“: „Versucht in der Umgebung Chaos zu verursachen, so dass die Bullen das Gefahrenpotential als so hoch einschätzen, dass sie die Nazidemo nicht mehr schützen können“, empfiehlt das Papier.

Diese beiden Konzepte seien am 19. Februar vom Bündnis „Nazifrei“ kombiniert worden, so das LfV. „In Dresden zeigte sich, dass sich die breiten Menschenblockaden mit militanten Aktionen ergänzen können“, zitiert das LfV die „Antifaschistische Aktion Hannover“, die „Antifa AG 17 – Erfurt“ soll mitgeteilt haben: „Letztlich war es die flächendeckende Militanz im Zusammenspiel mit den Blockaden, die den Nazis den Event versaute und 4500 Polizisten sichtlich überforderte.“

Die „Radikale Linke Nürnberg“ tat laut LfV kund: „Keine Überforderung der Polizei ohne die militanten Kleingruppen. Keine Handlungsspielräume für BarrikadenbauerInnen ohne die Polizeikräfte bindenden Blockaden. Keine Massenblockaden ohne eine breite, transparente Mobilisierung und die Herstellung politischen Drucks.“ *Thomas Baumann-Hartwig*

---

„Wir sind nicht für Chaoten verantwortlich“

Am 13. und 18. Februar haben wieder Rechtsextremisten Aufmärsche in Dresden angekündigt. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ will wie in den Jahren zuvor die Rechten mit Blockaden an einem Marsch durch die Stadt hindern. Christian Wolf sprach mit Bündnissprecher Benjamin Kümmig über die Vorbereitungen zur Blockade, die gewalttätigen Ausschreitungen in diesem Jahr und die geplante Großkundgebung der Stadt.

**Frage:** *Mit welcher Zielsetzung geht das Bündnis an den 18. Februar heran?*

**Benjamin Kümmig:** Wir haben uns ganz klar wieder die Blockade des Neonazi-Aufmarsches vorgenommen. Die Rechten sollen nicht durch Dresden laufen. Bei den letzten beiden Male wurde deutlich, dass es für die Nazis unerträglich ist, wenn sie wieder nach Hause fahren müssen, ohne etwas getan zu haben. Genau das wollen wir 2012 wieder erreichen und solange weitermachen, bis der Dresdner Nazi-Aufmarsch Geschichte ist.

*Wie groß ist die Unterstützung dafür?*

Wenn es wieder 20.000 Blockierer werden wie in diesem Jahr, dann sind wir voll zufrieden. Es kann aber gut sein, dass es noch mehr Leute werden. Allein die Liste unserer Unterstützer im Internet wird täglich länger. Neben den vielen Dresdnern werden im Februar auch wieder Teilnehmer aus ganz Deutschland dabei sein.

*Werden die Leute von dem Vorgehen der Justiz gegen Blockierer gar nicht abgeschreckt?*

Das Vorhaben von Stadt und Land, durch Repressionen gegen Blockierer den Protest zu kriminalisieren, ist komplett fehlgeschlagen. Uns wird aus ganz Deutschland eine große Solidarität entgegengebracht und die Leute sind motivierter denn je. Anscheinend lassen sich die Menschen im Kampf gegen Rechts nicht von einer tausendfachen Handydatenabfrage und Prozessen gegen Blockierer abschrecken.

*Erwarten Sie im kommenden Jahr ein ähnliches Vorgehen?*

Dass es noch einmal zu solch einem Skandal wie der Handydatenabfrage kommt, glaube ich nicht. Aber wenn der Polizeipräsident schon jetzt in Interviews sagt, dass er auf jeden Fall mit Krawallen rechnet, dann entsteht bei uns der Eindruck, dass die Gewalt herbeigeredet werden soll.

*In diesem Jahr kam es zu Krawallen. Was halten Sie von diesem gewalttätigen Weg?*

Wir betonen immer wieder: Von uns geht keine Eskalation aus. Darauf haben wir uns im Bündnis geeinigt und das steht auch in unserem Aufruf. Wer sich daran nicht hält, gefährdet unsere Legitimation. Wenn bei unseren Aktionen dennoch jemand aus der Reihe tanzen will, dann machen wir ihm deutlich, dass er bei uns nicht erwünscht ist. Schließlich wollen wir ein breites Teilnehmerfeld bei unseren Blockaden haben.

*Ihr Bündnis hat mit den Gewaltakten also nichts zu tun?*

Nein. Wie ich schon gesagt habe, sind die Krawalle für unser Ziel nicht sinnvoll. Aber die Verantwortlichen in Politik und Polizei nutzen immer wieder die Gelegenheit, um uns mit den Chaoten in einen Topf zu werfen. Ich sage aber ganz klar: Wir als Bündnis sind nicht für die verantwortlich.

*In diesem Jahr soll es erstmals eine von der Stadt geplante Großkundgebung geben. Was halten Sie davon?*

Alles, was neben uns stattfindet und sich gegen den Nazi-Aufmarsch stellt, ist von Natur aus gut. Im Endeffekt sehen wir das auch als einen Erfolg von uns an, denn jahrelang waren wir die Einzigen, die etwas gegen diese unsäglichen Aufmärsche getan haben. Ob der Protest in Hör- und Sichtweite der Nazis tatsächlich erlaubt wird, da bin ich noch etwas skeptisch. Bis jetzt ist das alles sehr halbherzig.

*Sie persönlich treten in der Öffentlichkeit bewusst mit Ihrem Namen auf und bieten Rechtsextremen Paroli. Wie reagieren die darauf?*

Das Standardprogramm sind Drohungen. Die kommen per Mail bei mir an oder ich werde von irgendwelchen komischen Typen angerufen. Von simplen Beleidigungen bis zu Morddrohungen war schon alles dabei. Tätlich angegriffen wurde ich aber zum Glück noch nie.

*Wie frustrierend ist es dann, in der öffentlich Wahrnehmung als Gegner von Recht*

*und Demokratie dazustehen?*

Eigentlich machen wir ja eine sinnvolle Sache und blockieren diesen Nazi-Aufmarsch. Leider fallen Polizei, Staatsanwaltschaft und den konservativen Politikern nicht anders ein, als uns wie Kriminelle zu behandeln. Wenn aber Tausende Menschen unserem Aufruf folgen und wir die Nazis aus Dresden verjagen, dann ist das Anerkennung genug. *dapd*

---